



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Deutschen Hanfverbands
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019
21. März 2019**

- 1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?**

Antwort

Die Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik verfolgt einen integrativen Ansatz der Suchtpolitik. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern werden legale wie illegale Suchtstoffe gemeinsam in den Blick genommen; die Suchtpolitik orientiert sich nicht an einzelnen Suchtstoffen, sondern an den Bedürfnissen des einzelnen Menschen. Die Drogen- und Suchtpolitik in Deutschland umfasst vier Ebenen: Prävention, Beratung und Behandlung sowie Hilfen zum Ausstieg, Maßnahmen zur Schadensreduzierung und Repression bzw. Regulierung. CDU und CSU unterstützen diese Strategie und halten alle vier Ebenen für gleich wichtig.

CDU und CSU halten konsequent am Ziel eines suchtfreien Lebens fest. Die Drogen- und Suchtpolitik hat daher für die Union hohe Priorität. CDU und CSU sind gegen Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung illegaler Drogen, weil der erleichterte Zugang zu Drogen erst recht zum Konsum verleitet. Forderungen nach Drogenfreigabe sind daher keine verantwortliche Alternative zur Suchthilfe. Dies hätte fatale Auswirkungen vor allem auf Kinder und Jugendliche, denn der Gruppendruck für Drogenkonsum würde erhöht und somit die Schwächsten am stärksten gefährdet.

Gleichzeitig haben CDU und CSU einen sehr wichtigen Schritt in der Versorgung Schwerstkranker gemacht: Wir haben die gesetzliche Grundlage für Cannabis als Medizin und für die Kostenübernahme durch die Krankenkassen geschaffen. Dies hilft den Betroffenen unmittelbar.

- 2. Welche europäischen Initiativen sind für Ihre Partei in der europäischen Drogenpolitik vordringlich?**

Antwort

Wir werden den in dieser Legislaturperiode eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

- 3. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

Antwort

CDU und CSU wollen die gesetzlichen Grundlagen zur Strafverfolgung unverändert beibehalten.

- 4. Nach einer Umfrage von infratest dimap [https://hanfverband.de/sites/hanfverband.de/files/181022_hanfverband_graf.pdf] im Auftrag des Deutschen Hanfverbandes spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für eine Entkriminalisierung von konsumbezogenen Bagatelldelikten beim Cannabis aus. Wie stehen Sie zur Entkriminalisierung von Cannabis?**

Antwort

CDU und CSU sind gegen Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung illegaler Drogen. Von daher sehen wir keinen Handlungsbedarf für Schritte in Richtung Entkriminalisierung.

- 5. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

Antwort

Wir lehnen es ab, Verfahren bei geringen Mengen generell einzustellen oder die Strafbarkeit des Besitzes geringer Eigenverbrauchsmengen gänzlich abzuschaffen.

- 6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?**

Antwort

Die Erkenntnisse aus den seit Ende der 90er-Jahre von der Bundesregierung geförderten Expertengesprächen und Fachtagungen zu den Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention im Bereich der Freizeit- und Partydrogen haben dazu geführt, dass ein sogenanntes Drug-Checking von CDU und CSU nicht als Maßnahme der Drogenprävention gesehen wird und deshalb nicht unterstützt werden kann. Wir warnen unverändert vor dem Konsum illegaler psychoaktiver Substanzen und lehnen deshalb insbesondere Maßnahmen mit dem Potenzial zur unmittelbaren und aktiven Förderung bzw. indirekten Verharmlosung des illegalen Konsums von Drogen ab.

- 7. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen auch europaweit zu vertreten?**

Antwort

CDU und CSU werden ihre drogenpolitischen Positionen auch auf europäischer Ebene vertreten.

- 8. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Partei und Europafraktion (bzw. Landesgruppe in Ihrer Fraktion) in der aktuellen Legislaturperiode auf der europäischen Ebene?**

Antwort

In einer von uns unterstützten, nicht-legislativen EntschlieÙung von Februar 2019 haben wir die Kommission aufgefordert, die Forschungstätigkeiten im Bereich medizinisches Cannabis in der EU auszuweiten und die Innovation im Zusammenhang mit Projekten, bei denen es um den Einsatz von Cannabis in der Medizin geht, zu fördern. Die

Mitgliedstaaten wurden außerdem aufgefordert, es dem professionellen Ermessen der Ärzte zu überlassen, Patienten mit entsprechenden Krankheiten offiziell zugelassene Arzneimittel auf Cannabis-Basis zu verschreiben. Wenn diese Medikamente wirksam sind, sollen sie von den Krankenversicherungen in gleicher Weise wie bei anderen Arzneimitteln übernommen werden

(<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2019-0113+0+DOC+PDF+V0//DE>).

9. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion (bzw. Landesgruppe in der Fraktion) für die kommende Legislaturperiode?

Antwort

Wir werden den in dieser Legislaturperiode eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

10. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Als erstes europäisches Land kündigte die neue Koalition in Luxemburg eine Legalisierung an. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?

Antwort

Wie bereits ausgeführt, halten CDU und CSU konsequent am Ziel eines suchtfreien Lebens fest. Forderungen nach Drogenfreigabe sind daher keine verantwortliche Alternative zur Suchthilfe. Wir sind gegen Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung illegaler Drogen, weil der erleichterte Zugang zu Drogen erst recht zum Konsum verleitet. Einen regulierten Markt für Cannabisprodukte lehnen wir ab. Wir haben aber die gesetzliche Grundlage für Cannabis als Medizin und für die Kostenübernahme durch die Krankenkassen geschaffen. Dies hilft den Betroffenen unmittelbar.